

Von Katrin Hummel

Frankfurt. Sie hat ihren "eigenen Kopf", und manchmal findet sie sich "vielleicht ein bisschen undiplomatisch": Monika Ebeling ist Gleichstellungsbeauftragte im niedersächsischen Goslar, momentan bläst ihr der Wind ziemlich ins Gesicht. Sie soll abberufen werden, schon nächste Woche wird ihr Fall im Verwaltungsausschuss der rot-gelb regierten Stadt besprochen. Am 17. Mai entscheidet dann der Stadtrat. Dass sie ihren Stuhl bald räumen muss - da ist sie sich fast sicher.

Es geht um nichts Geringeres als die Frage, wie sehr sich die Gleichstellungsbeauftragte auch für Männer einsetzen sollte. Die Fraktion der Linken hat die Abberufung von Frau Ebeling (SPD) gefordert, eine Begründung wird nicht geliefert, die soll mündlich gegeben werden. Ebeling, die auch Leiterin eines Kindergartens ist, ahnt, was man gegen sie vorbringen wird, und kann darüber nur den Kopf schütteln. Schon öfter ist sie kritisiert worden, doch immer war sie davon überzeugt, das Richtige zu tun.

Zum Beispiel wirft ihr Goslars Linke in einer Anzeige im Goslarer "General-Anzeiger" "fehlende Kompetenz, mangelhafte Kommunikation und Kooperation mit betroffenen Institutionen" vor. Als besonders anstößig sieht etwa die Leiterin der Fachstelle Kinderschutz Frau Ebelings Haltung zu einer Brötchentüte an. Diese soll nach dem Beschluss einer Planungsgruppe, der Frau Ebeling angehörte, zur Kinderschutzwoche im September 2011 den Aufdruck "Gewalt an Kindern und Frauen kommt nicht in die Tüte" kommen. Ebeling sprach sich gegen diese Entscheidung aus, plädierte dafür, sie rückgängig zu machen. Ihre Begründung: "Ich finde das ideologisch. Es ist doch eine Woche für Kinder und nicht für Frauen. Und die Väter bleiben bei so einem Aufdruck nur noch als Täter übrig." Auch Ebelings Rückzug aus einer Planungsgruppe, die im Frühjahr vergangenen Jahres eine vom Landeskriminalamt Niedersachsen entwickelte Ausstellung gegen "Gewalt in Paarbeziehungen" nach Goslar holen wollte, wird ihr als mangelnde Empathie für Frauen ausgelegt. Ebeling indessen argumentiert, dass in dieser Ausstellung Männer pauschal als Täter und Frauen pauschal als Opfer dargestellt würden.

Dieser Standpunkt ist es, der ihre Gegner in schönster Regelmäßigkeit auf die Palme bringt. Die Linke, die Grünen und auch Vertreterinnen der Goslarer Initiative "Gute Gleichstellungsarbeit" haben Monika Ebeling in der Vergangenheit immer wieder vorgeworfen, "vor allem Benachteiligungen für Männer aufarbeiten zu wollen". Doris Juranek, die Fraktionsvorsitzende der Grünen, bezeichnet Ebeling öffentlich als "Männerbeauftragte" und wirft ihr in einem Schreiben an den Oberbürgermeister vor, sie wolle "die Benachteiligung von Männern aufzeigen und beseitigen - dies ist nicht unser politischer Wille". Dafür hätten die Grünen die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten nicht gefordert, schließlich habe der Feminismus sein Ziel noch längst nicht erreicht.

Auch der erste Stadtrat Klaus Germer (SPD) distanzierte sich von seiner Parteikollegin, nachdem diese auf der Internetseite der Gleichstellungsbeauftragten neben Links zu Frauenorganisationen auch einen Link zu der Berliner Homepage des "Väternotrufs" plazierte hatte. Die Aussagen des "Väternotrufs" könnten wegen der Verunglimpfung von Verfassungsorganen und Beleidigungsdelikten gegenüber Politikern und Juristen "Straftatbestände erfüllen", meint Germer. Der Link wurde inzwischen von der Seite der Gleichstellungsbeauftragten entfernt.

Monika Ebeling ist seit drei Jahren Gleichstellungsbeauftragte und auf einer halben Stelle tätig. Sie findet ihr Verhalten fortschrittlich und sieht ihre Aufgabe darin, eine "rein in die Frauenecke gedrängte Gleichstellungsarbeit" abzulösen. Dies bedeute nicht, auf spezielle Frauenarbeit zu verzichten. Aber auch benachteiligte Männer hätten ein Recht auf Unterstützung. Ebeling beruft sich dabei auf das reformierte niedersächsische Gleichberechtigungsgesetz und auf die Forderungen der Bundesregierung, dass sich die Gleichstellungspolitik nun zusätzlich auch den Jungen und Männern zuwenden müsse. So hat Familienministerin Kristina Schröder (CDU) in diesem Jahr erstmals durchgesetzt, dass ein bundesweiter Aktionstag zur Berufsorientierung und Lebensplanung für Jungen (Boys' Day) in Analogie zum schon lange bestehenden Girls' Day stattfand. Im Bundestag wies die Ministerin vor kurzem darauf hin, dass es eine "Schiefelage in der Gleichstellungspolitik" gebe: "Wenn wir über Gleichberechtigung reden, reden wir vor allem über Frauenpolitik. Die Bedeutung der Jungen- und Männerpolitik in der Gleichstellungspolitik wird immer noch unterschätzt. Das müssen wir ändern, und zwar sowohl im Interesse der Männer als auch im Interesse der Frauen."

Ein Blick auf die Themen, die Frau Ebeling in den vergangenen drei Jahren in ihrem Amt verfolgt hat und die auf den Internetseiten der Gleichstellungsbeauftragten aufgelistet sind, erweckt nicht den Eindruck, dass sie sich einseitig zugunsten von Männern engagiert: Eine After-Work-Party zum Zukunftstag im Goslarer Jugendzentrum und die Unterzeichnung eines Gleichstellungsplans waren ihre Themen in diesem Jahr. Im vergangenen Jahr kümmerte sie sich um Brustkrebs als häufigste Krebserkrankung bei Frauen und eine Fortbildungsveranstaltung zum Thema Gender, um prominenten Besuch für die Kita Löwenzahn und die Nachwuchsförderung von Frauen für politische Ämter. Von Vätern ist nur ganz am Rande die Rede, etwa bei einem Väterpicknick. Auch Frau Ebeling selbst sagt, sie engagiere sich für beide Geschlechter. Aber die Frauen hätten eben schon viel erreicht, man müsse nun innehalten und auch danach fragen, wie es den Männern gehe.

Den Fraktionen im Stadtrat von Goslar stößt solches Verhalten auf, auch wenn sie sich auf Anfrage nicht dazu äußern wollen. Lediglich von der FDP ist zu hören, Frau Ebeling habe "durch ihre demonstrative Einseitigkeit zugunsten der betroffenen Männer erhebliche Fehler begangen". Außerdem sei eine halbe Stelle für eine Gleichstellungsbeauftragte ein teurer Luxus, die FDP will sich für die Umwandlung der Stelle in ein Ehrenamt einsetzen. Eine gleichberechtigte Vertretung beider Geschlechter hält die FDP aber für sinnvoll und zeitgemäß.

Text: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 08.05.2011, Nr. 18 / Seite 6